

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgauerstr. 9, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorts 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklamenteil 30 Goldpf., einschl. Umrahmung. Schwärzger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größerer Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbzhalle.

Nr. 85. Sonnabend, den 16. Juli 1932. 35. Jahrg.

Die Gläubiger als Schuldner

Alles in der Schwebe!

Während der Vertrag von Lausanne vorläufig ohne jede sichtbare politische Wirkung geblieben ist, verfließen die weltpolitischen Folgen der Lausanner „Gentlemen-Agreement“ von Tag zu Tag und geben Veranlassung zu immer stärkeren Auseinandersetzungen. Die „Vereinbarung unter anfänglicher „Gentlemen-Agreement“ übersehen — zwischen England, Frankreich, Italien und Belgien ist jetzt auch englischerseits formell veröffentlicht worden, und es findet keine ausdrückliche politische Ergänzung durch den Eingangsritt Italiens und Belgiens zu dem englisch-französischen „Gentlemen-Agreement“ in Deutschland erst nach der Einigung in Lausanne unterrichtet worden, obwohl es damals schon acht Tage bestand.

Keine beiden Parallelvereinbarungen haben — das war ihre erste weltpolitische Wirkung — in Amerika einen mehr als peinlichen Eindruck gemacht, besonders da ihre Veröffentlichung von Außenherren Scharifos begleitet war, die die Schuldregelung der amerikanischen Schuldverhältnisse gegenüber Amerika als die Wächter einer Gemeinamfteilung dieser vier Mächte erscheinen ließen. Die Amerikaner hatten daher die Empfindung, als sollten sie von Europa her in der Kriegsschuldenfrage unter Druck gesetzt werden. Deutschland hat sich schon ein paar Tage nach Lausanne selbst von dem Inhalt bilanzieren, als hätte es von einem solchen Druck oder wohl gar von einem solchen. Auch der englische Außenminister Simon nahm sofort nach seinem Eintreffen in Genf sehr scharf Stellung gegen jene angebliche Fremdschuldenregelung Europas. England fühlte sich — trotz des Freundschaftsbindnisses — völlig frei für seine Schuldverhältnisse mit Amerika. Viel genügt hat es nicht. Denn in seinen Schreiben an den bekannten Senator Borah erklärte Hoover, daß Amerika durch die verschiedenen Abkommen in Europa in keiner Weise berührt und beeinträchtigt werde, man der Washingtoner Regierung auch nicht etwa mit einem gemeinsamen Vorgehen der Schuldner kommen solle.

Die Ratifizierung des Lausanner Abkommens ist also durch das „Gentlemen-Agreement“ abhänig gemacht von der „schicksalhaften Lösung“ der Kriegsschuldenfrage. Die ist nun aber ebenfalls unsicher wie demzufolge auch die Ratifizierung des Lausanner Abkommens selbst; daher ist das Hauptziel und die Hauptaufgabe der Konferenz in Lausanne nicht erreicht worden: Ruhe, Sicherheit und damit neues Vertrauen endlich auch der Weltwirtschaft zu beschaffen. Denn es ist ja noch gar nicht abgesehen, ob überhaupt und wann es zur Ratifizierung des Lausanner Vertrages kommt. Alles scheint bis auf weiteres in der Luft. Dafür ist aber die nach Lausanne jetzt eingetretene Aufspaltung des Verhältnisses zwischen Amerika und seinen Schuldverhältnissen ganz unvorstellbar, und gerade dies wird für die deutsche Regierung wichtiger Grund dafür sein, sehr genau zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen es der Aufforderung Folge leisten soll, dem englisch-französisch-belgisch-italienischen „Freundschaftsbindnis“ beizutreten.

Was wird, wenn das Lausanner Tributabkommen nicht in Kraft tritt?

In dem nun beabsichtigten Geheimabkommen von Lausanne haben sich Frankreich, England, Belgien und Italien gegenseitig verpflichtet, das Lausanner Tributabkommen ihren Parlamenten erst dann vorzulegen, wenn sie eine gemeinsame Regelung ihrer Schulden mit Amerika erzielt haben. Unter dieser Schuldregelung verstehen diese Mächte natürlich eine mögliche Beilegung aller Verpflichtungen. Die Amerikaner sind über dieses Geheimabkommen außerordentlich verärgert und leben es ab, irgendwie sich dadurch einzufließen zu lassen. Die Amerikaner sind auf eine baldige Schuldregelung haben sich damit also nicht befreit, sondern verschleppert, und damit sind auch die Ausichten für das Lausanner Tributabkommen ängstlich trübe. Es ist selbstverständlich, daß man sich nun in der Öffentlichkeit die Frage stellt, was denn geschehen soll, wenn der Lausanner Vertrag von den Parlamenten in Paris, London, Rom und Brüssel abgelehnt wird. Was soll dann

geschehen? Vorerst gilt für Deutschland das Abkommen über einen Zahlungsausschub von 16. Juni, vom Beginn der Lausanner Konferenz. Dieses Abkommen gilt so lange, bis es sich entschieden hat, ob ratifiziert wird oder nicht. Aber was dann? Der französische Ministerpräsident Herriot hat in der Kammer darüber gesprochen und man hat seine Worte allgemein so gedeutet, daß die französischen Staatsjuristen den Young-Plan wieder lebendig machen wollen. Gegen diese Verfügungen wenden sich die zuständigen Berliner Stellen mit allem Nachdruck. Man verweist auf die Frage, die der Reichskanzler am 8. Juli abends in einer Sitzung der Delegationsführer der Lausanner Konferenz an den Konferenzpräsidenten Macdonald ganz offiziell gerichtet hat. Die Frage nämlich: Was geschieht, wenn die Parlamente der Gläubigermächte das Lausanner Abkommen ablehnen. Darauf hat Macdonald als Präsident der Konferenz und als Sprecher der Gläubigermächte geantwortet: „Zunächst wird eine neue Konferenz zusammengetreten.“ An dieser Antwort Macdonalds werde auch durch die Geheimabkommen von Lausanne nichts geändert, so wird an Berliner zuständigen Stelle nachdrücklich betont. Es sei auch falsch, anzunehmen, daß bei einer neuen Konferenz der Young-Plan gleichmäßig auf den Tisch gelegt und als Ausgangspunkt für die neuen Verhandlungen dienen werde. Auch bei den letzten Absetzungen in Lausanne sei man nicht vom Young-Plan ausgegangen, sondern von Vafeler Bericht der internationalen Finanzfachverständigen. Ausdrücklich wird auch an zuständiger deutscher Stelle betont, daß man sich unter keinen Umständen in eine Front gegen die Amerikaner hineindrängen lasse. Die Franzosen hätten zwar in Lausanne versucht, die Schuldregelung mit Amerika in das Tributabkommen hineinzubringen, die deutschen Delegierten haben sich aber mit Erfolg dagegen gewehrt, und würden dies auch künftig tun.

Die Sonderabmachungen neben dem Lausanner Vertrag.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei darauf hinzuweisen, daß es sich bei den in Lausanne getroffenen Sondervereinbarungen um folgende Abmachungen handelt:

Das „Gentlemen-Agreement“.

Dieses Abkommen befaßt, das keine der ihm beigetretenen Mächte, nämlich England, Frankreich, Belgien und Italien, das Lausanner Abkommen über die Regelung der Tribute vor dem Zustandekommen einer zufriedenstellenden Regelung der Frage der internationalen Schulden an Amerika ratifizieren.

Was ist ein „Gentlemen-Agreement“?

Gentlemen-Agreement ist ein Begriff, der aus dem Englischen in die Diplomatensprache übergegangen ist. Unter einem Gentlemen-Agreement versteht man ein Abkommen, das nicht völkerrechtlich verbindlich ist, wohl aber die Diplomaten, die es abschließen, persönlich, als anhängige Menschen (Gentlemen) bindet und im allgemeinen auch ihre Nachfolger, die ja auch den Anspruch erheben, Gentlemen zu sein.

Der „Konsultationspakt“ (Vertrauensabkommen).

Dieses Abkommen ist in Lausanne nur zwischen den Engländern und Franzosen getroffen und von Herriot bekanntlich als die Wiedergeburt der Entente Cordiale bezeichnet worden. Inzwischen haben auf Einladung Italiens und Belgiens ihre Vertretlichkeit erklärt, dem Abkommen beizutreten. Deutschland, dem der Beitritt ebenfalls nahegelegt worden ist, hat noch nicht Stellung genommen. Der englische Außenminister Simon hat im Unterhaus Zweck und Bedeutung dieses Abkommens wie folgt hervorgehoben: Die unterzeichneten Mächte verpflichten sich, keinerlei Maßnahmen in wesentlichen Fragen der europäischen Politik zu treffen, ohne sich vorher gegenseitig unterrichtet oder befragt zu haben. Das bezieht sich nach den Andeutungen Simons sowohl auf politische als auch auf wirtschaftliche Dinge. Darunter fallen die Abrüstungsfrage ebenso wie die Fragen der Handelspolitik. Ob und inwiefern auch die Revision des Versailler Vertrags als hiermit gemeint ist, geht aus den bisherigen Veröffentlichungen nicht eindeutig hervor.

Ein Brief des Reichskanzlers.

An den englischen Außenminister.
Die englische Regierung hat eine Anzahl Dokumente veröffentlicht, die sich auf die Verhandlungen in Lausanne beziehen. Unter diesen Dokumenten befindet sich auch folgender Brief des deutschen Reichskanzlers an den englischen Außenminister Sir Simon:

Lausanne, den 9. Juli 1932.
Euerer Erhellung behalte ich ergebend den Empfang des von Ihnen und den Herren Ghesis der belgischen, französischen und italienischen Delegation unterzeichneten Schreibens, das Sie mir heute nach Unterzeichnung des Abkommens von Lausanne haben zugehen lassen.
Die Ihrem Schreiben entgegengesetzte Vereinbarung der vier Delegationen vom 2. Juli bezieht sich auf den Fall einer etwaigen Nichtratifikation des Abkommens von Lausanne, mitunter auf die gleiche Frage, die auch den Gegenstand der Besprechung der Delegationschefs der sechs einladenden Mächte am 8. Juli abends bildete.
Entsprechend der bei dieser Besprechung getroffenen Vereinbarung habe ich nach am gleichen Abend in der öffentlichen Besichtigung der Konferenz eine Frage wegen des in Rede stehenden Falles an den Herrn Vorsitzenden gerichtet, die von ihm sofort im Namen der einladenden Gläubigermächte beantwortet wurde.
Unter diesen Umständen halte ich mich für berechtigt, davon auszugehen, daß die Angelegenheit für Deutschland durch meine Frage an den Herrn Vorsitzenden der Konferenz und dessen Antwort maßgebend erklärt worden ist.
ges. von Papen.

Von Papens Frage an Macdonald.

Zu den englischen Anfragen Veröffentlichungen über die Lausanner Verhandlungen finden sich folgende Mitteilungen: Herr von Papen wandte sich am 8. Juli an Macdonald mit der Frage, welches Vorgehen befolgt werden soll, falls eine der sechs beteiligten Mächte das Lausanner Abkommen nicht ratifizieren sollte, was er, der Reichskanzler, für unwahrscheinlich halte. Das wichtigste sei dann nach seiner Ansicht, daß die betroffenen Regierungen so bald wie möglich zusammenkommen sollten, um die sich dann ergebende Lage zu prüfen. Er würde gern eine Versicherung haben, daß das die Absicht der Konferenz sei.
Macdonald erwiderte: „Ich freue mich, das feststellen zu können. Es würde sehr unannehmlich und sehr schwierig sein, es in den Anfang hineinzusetzen, aber ich nehme an, daß die Erklärung, die ich jetzt im Namen der einladenden Mächte abgegeben genügen wird. Sie bezieht sich auf den Fall irgendeiner Unfähigkeit, dieses Abkommen und seine Abhänge zu erfüllen, eine weitere Konferenz abgehalten werden wird.“

Amerika ist verärgert.

Der Brief des Präsidenten Hoover an Senator Borah liegt jetzt im Wortlaut vor. Hoover schreibt: Das amerikanische Volk ist natürlich erfreut, wenn eine Regelung der rein europäischen Reparationsfrage oder irgendwelcher anderer politischer und Wirtschaftfragen erfolgt ist, die bisher eine Gesundung Europas vergrößern. Ein solcher Vorgang zusammen mit einem würdigen Fortschritt in der Abrüstungsfrage wird erheblich zur Verhängung der Welt beitragen.
Ich wünsche aber vollkommen klarzustellen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten wegen Feindes der Abkommen, die nach Presseberichten in Lausanne abgeschlossen wurden, befragt worden ist und deshalb selbstverständlich durch Feindes der Abkommen in irgendeiner Weise gebunden ist.
Indem ich nicht annehme, daß es die Absicht irgendeines dieser Abkommen ist, ein gemeinsames Vorgehen unserer Schuldner zu erzielen, wünsche ich auszusprechen, daß, falls irgendein Abkommen so ausgelegt werden sollte, ich es ablehne, daß dem amerikanischen Volk irgendeine Haltung aufgezwungen wird oder daß es in irgendeiner Weise durch eine solche Kombination entweder offen oder verdeckt beeinträchtigt wird.

Aber Unterbringung der Lausanner Schuldverschreibungen.

Ausschluss fremder Garantien.
Anfänglich wird mitgeteilt: Um ausdrücklich sicherzustellen, daß die Unterbringung der Schuldverschreibungen des Lausanner Abkommens nicht durch Garantien fremder Länder oder auf ähnliche Weise ermöglicht wird, ist am 8. Juli in Lausanne von den Sachverständigen der sechs einladenden Mächte protokolllarisch festgestellt worden, daß jede Ausgabe deutscher Regierungsschuldverschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des deutschen Kredit erfolgen muß.

Der Ministerbesuch in Neued.

Der Reichszustler und der Reichsinnenminister sind von ihrem Besuch beim Reichspräsidenten von Hindenburg nach Berlin zurückgekehrt. Der Hauptzweck der Reise war, wie bekannt, die Berichtserstattung des Staatskanzlers über die Kaufmännischen Verhandlungen. Aber da auch der Reichsinnenminister die Reichspräsidentenbesuche hat, nimmt man mit Recht an, daß auch wichtige Fragen der inneren Politik dem Reichspräsidenten vorgelegt wurden. Vorüber gesprochen worden ist, und ob in Neued irgendwelche Beschlüsse gefaßt worden sind, darüber ist von amtlicher Seite nichts gesagt worden. Aber auch ohne amtliche Mitteilung kann man leicht erraten, daß der wichtigste Punkt der innenpolitischen Sorgen die Frage war, ob irgendwelche Beschlüsse der Reichspräsidenten ergriffen werden sollen, um den blutigen politischen Zusammenstößen und Überfällen ein Ende zu machen. Bekanntlich wird von verschiedenen Seiten die Auffassung vertreten, daß es erst nach einer Vereinfachung der unklaren Machtverhältnisse in Preußen möglich sei, zur Wiederherstellung der Ordnung wirksam durchzugreifen. Über diese Auffassung ist höchstwahrscheinlich auch in Neued mit dem Reichspräsidenten gesprochen worden. Es wird auch behauptet, der Reichsinnenminister wäre mit bestimmten Vorschlägen zurückgekehrt für den Fall, daß außerordentliche Maßnahmen notwendig werden sollten. In Verbindung mit diesen Nachrichten wird auch wieder von der Eröffnung eines Reichssozialministeriums gesprochen, und im Zusammenhang damit steht auch eine Aufhebung des nationalsozialistischen preussischen Reichspräsidentenberichts in einer Wahlversammlung in Kassel, der dort angekündigt hat, er werde an den Reichszustler einen Brief schreiben und ihn auffordern, jetzt vom Reich wegen in Preußen einzugreifen.

Vorher diesen Sorgen hat sich die Reichsregierung auch noch mit anderen Fragen der inneren Politik beschäftigt. Sie steht jetzt vor der Aufgabe, die Reichspräsidenten zu erfüllen, das sie vor der Abreise nach Kaufmann gegeben hat, nämlich einen großen Wiederaufbauplan aufzustellen, der eine Möglichkeit geben soll, wirtschaftlich wieder etwas voranzukommen. Die Reichsregierung hat neuerdings betont lassen, daß sie diesen Plan noch vor den Wahlen der Öffentlichkeit vorlegen will.

Hindenburgs Dank an Papen.

Die Vesperechnungen in Neued. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichszustler von Papen zum Bericht über die Kaufmännischen Verhandlungen. Nach Entgegennahme des Vortrags sprach der Reichspräsident dem Reichszustler seinen Dank für die in Kaufmann geleistete Arbeit aus und bat, diesen Dank auch den anderen Mitgliedern der Kommission zu übermitteln. Dem Reichszustler ist ein gemeinsamer Vortrag des Reichszustlers und des Reichsinnenministers des Innern über innerpolitische Fragen.

Ein „Monstrum machtvolletischer Vermessenheit“.

Die Schulfrage im Reichsrat. Der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustaf Kassel nimmt in längerer Ausführungsrede Stellung zu Kaufmann. Über die Auswirkungen des Kaufmannvertrages auf Deutschland äußert sich Kassel folgendermaßen: „Man hat sich so sehr an die phantastischen Hoffnungen gewöhnt, zu denen die Forderungsberechtigten emporgedrängt worden sind, daß man jetzt drei Milliarden für eine geringe Summe hält. Diese Zahlung ist jedoch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, nämlich des Ausbleibens der Weltwirtschaft, denkbar. Die Zahlungen werden sicherlich unmöglich, wenn die Entwicklung in der Richtung handelspolitischer Abwertung zu weiter geht wie bisher. Die Zahlungen werden auch unmöglich, wenn der Warenpreisstand noch mehr gedrückt wird. Daß die Verantwortung für den Weltkrieg, die Deutschland in Verfallens aufgebunden wurde, in Kaufmann nicht getrieben wurde, kann Deutschland mit Gleichmut hinnehmen. Die Verteilung der Verantwortung ist ja überhaupt eine Frage und es wäre ein Wunder, wenn man sich politischer Vermessenheit nicht, als die, die den Verfallens Frieden diktierten, sich anmaßen, schätzen zu können, wo die Kriegsschuld lag.“

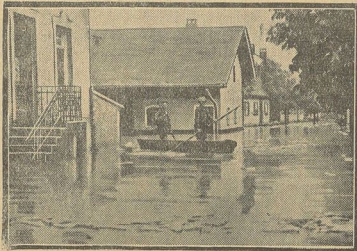
Genfer Völkerverbundratsitzung.

Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz. Der Völkerverbund trat unter dem Vorsitz des Vertreters von Guatemala, Matos, zu einer Sitzung zusammen, um die notwendigen Beschlüsse für die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz zu fassen und die Protokolle über die Anleihe für Österreich zu genehmigen. Der englische Außenminister Simon gab zunächst eine Erklärung zu der englisch-französischen Vereinbarung ab. England und Frankreich seien übereingekommen, eine gedehnte Lösung auch in der Abrüstungsfrage und eine Zusammenarbeit auf der Weltwirtschaftskonferenz sicherzustellen. Die Einladung beschränkt sich im übrigen nicht nur auf die sechs Genfer, sondern auf sämtliche europäischen Mächte. Es sei nicht die Absicht gewesen, eine neue Quantität zu schaffen, sondern lediglich das von Briand geschaffene Werk des europäischen Studienauschusses zu stärken. Diese neue Arbeitsmethode werde zweifellos den Einfluß und den Geist des Völkerverbundes weiter kräftigen und eine neue Einheit innerhalb der Familie der europäischen Mächte schaffen. Simon legte sodann dem Völkerverbund einen Plan für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz vor und beantragte die Bildung eines engeren Ratens Ausschusses, zu dem auch weitere europäische Mächte hinzugezogen werden könnten und der über Ort und Zeitpunkt der Konferenz entscheiden soll. Die Vertreter Frankreichs, Italiens und Deutschlands stimmten dem englischen Vorschlag zu.

Neue Unwetterkatastrophen

Schwere Wolkenbrüche in Thüringen.

Dörfer vom Verfall abgetrennt. Über ganz Thüringen gingen schwere wolkenbrüchige Regen nieder. Im Eisenberger Holzlaub war es besonders schlimm. Die Wasserfluten überfluteten die tieferen Gegendsteile der Gemeinden. Hier und dort rissen alles mit sich, was im Wege stand. Landwirtschaftliche Maschinen, Wagen und Hausgeräte wurden in großen Mengen weggeschwemmt. Mehrere Häuser sind vom Einsturz bedroht. Auf der Eisenbahnstrecke



Wie das Unwetter wütete. Unser Bild gibt einen Begriff von den Verwüstungen, die das Unwetter am Eisenberger See angerichtet hat: Kilometerweit sind die Landstrichen tief unter Wasser gesetzt worden, so daß der Verkehr nicht mehr führen aufrecht erhalten werden konnte.

Stadtroda - Hermersdorf - Klosterlausnitz wurde der Bahndamm von den ungeheuren Wassermassen unterpflutet, so daß ein Güterzug entgleiste. Beide Gleise wurden gespreit. Verloren wurden glücklicherweise nicht verletzt. In den Dörfern des Erbachtales stand das Wasser in den Wohnungen teilweise meterhoch. Auch das langgestreckte Dorf Laub nach Gera ist von einer fürchterlichen Katastrophe betroffen worden. Das Tal ist stellenweise ein einziger See. Ganze Dörfer sind vom Verfall abgetrennt. In Neustadt an der Orla stand

der ganze nördliche Stadtteil völlig unter Wasser.

Der Schützenfestplatz, auf dem am Sonntag das Schützenfest beginnt sollte, ist eine einzige Wasserflut, in der die Wagen und Zelte der Aussteller völlig versunken sind. Auf dem Wasser treiben Umarmungen von ertrunkenem Vieh. Die Ernte dürfte in der gesamten Gegend völlig vernichtet sein. Im Thüringischen Landtag lagte Staatsminister Baum Regierungshilfe soweit als möglich zu.

Auch aus Ober- und Mittelthüringen und aus dem württembergischen Oberland liegen Unwettermeldungen schlimmer Art vor. Die Gegend von Hof und Koburg wurde besonders schwer heimgesucht. Bei Hof verursachten Mißschläge mehrere Brände. Unter dem Druck großer Wassermassen brachen einige Betonbrücken zusammen. In Württemberg

fielen Hagelkörner in der Größe von Hühnerereiern und vernichteten den Erntebestand der Felder und Fluten bis zu 80 Prozent. Der Sturm wütete mit solcher Gewalt, daß starke Bäume entwurzelt wurden. Zahlreiche Überschwemmungen waren die Folge des Unwetters.

Siebspöden gleicher Art kommen aus der Lausitz, wo besonders Böden und Neunkirch stark betroffen wurden. Zahlreiche Häuser wurden wegen Einsturzgefahr geräumt. Ein neues schweres Unwetter ist auch über Südpreußen niedergegangen. Im Kreise Osterode fanden zahlreiche Straßen und Keller unter Wasser.

Der Blitz zündete wiederholt und legte einige Gehöfte in Wido. In Tautensee wurde ein elfjähriges Mädchen vom Blitz getötet. In Stolowitz wurde ein Händler vom Blitz erschlagen. In Korbach wurde in der Nähe von Bromberg ein Arbeiter mit seinem Sohn und seiner Witwe von dem Blitz getötet.

Nächste Wolkenbrüche in Berlin hatten zur Folge, daß fast 500mal die Feuerwehr alarmiert werden mußte, da viele Keller überschwemmt waren. In mehreren Straßen stand das Wasser bis ein Meter hoch. Man hat ausgerechnet, daß nicht weniger als 45 Milliarden Liter Regenwasser über Berlin niedergegangen sind, das ist dreimal die Wassermenge des Rheines, des Rheingießes der Berliner. Sollte man also die gefallene Regenmenge künstlich über Berlin ausgießen, dann müßte man fast drei „Bannsee“ zur Verfügung haben.

Anleihe und - Anschließverbod.

Völkerverbund hat österreichisches Anleiheprotokoll angenommen. Der Völkerverbund nahm das Protokoll über die Anleihe an Österreich, das von dem Ausschuss finanzieller Regierungsjahresberichte während der Kaufmann Konferenz ausgearbeitet worden ist, einstimmig mit Zustimmung Deutschlands an. Das Protokoll, das jetzt zur Unterzeichnung der an der Anleihe beteiligten sieben Staaten England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Schweiz und Tschechoslowakei ausgelegt wird, enthält eine einleitende Präambel, die auf dem während der deutsch-österreichischen Zollunionsverhandlungen so viel erörterten Protokoll von 1922 aufgebaut ist. Es übernimmt damit das in diesem Protokoll enthaltene politische und finanzielle Anschlußverbod für Österreich.

Der Vertreter Deutschlands, Gesandter Göppert, wies in einer Erklärung darauf hin, die deutsche Regierung könne nicht an der Diskussion für einen Staat teilnehmen, wenn die Aktion an politische Bindungen irgendwelcher Art gebunden sei. Um jedoch die Anleihe nicht zu verhindern, enthalte sich Deutschland der Stimme.

Die untergeordneten Staaten verpflichten sich, der österreichischen Regierung bei der Annahme einer internationalen Anleihe bis zu einer Höhe von 300 Millionen Schilling zu helfen, indem sie diese Anleihe entweder garantieren oder die notwendigen Beiträge der österreichischen Regierung zur Verfügung stellen. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Bedingungen der Anleihe werden von dem Ausschuss der Garantienstaaten festgelegt. Der Völkerverbund ernannte einen Finanzberater bei der österreichischen Regierung bei der Nationalbank. Die Einkünfte aus der Anleihe können mit Zustimmung dieser beiden Finanzberater vermandet werden. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, das Reformprogramm in Übereinstimmung mit den Vertretern des Völkerverbundes auszuwickeln. In der geheimen Sitzung des Völkerverbundes wurde der holländische Finanzjahrer Bos van Zonningen zum Finanzberater bei der österreichischen Regierung, der belgische Finanzjahrer Frere zum Finanzberater bei der Nationalbank ernannt.

Konferenz der Landwirtschaftsminister.

Der Arbeitsplan. Zu der am 19. und 20. Juli nach München einberufenen Konferenz der deutschen Landwirtschaftsminister ist zu berichten, daß auf der Tagung folgende Fragen erörtert werden: Erntebegabung und Erntefinanzierung, Kreditfragen, Förderung des Absatzes, Schutz der Erzeugnisse der Milch- und Vollerntewirtschaft, Lage des Obst- und Gartenbaus und der Viehzucht. Auch die Ausdehnung der Schiffe auf Bayern soll behandelt werden, sofern nicht vorher schon von Reich wegen über sie entschieden ist. In landwirtschaftlichen Kreisen wird der Konferenz großes Interesse entgegengebracht, und es werden von ihr Beschlüsse erwartet, die der großen Not der Landwirtschaft kräftig entgegenwirken.

Der Thüringische Landtag aufgelöst.

Neuwahlen am 31. Juli. Der Thüringische Landtag nahm einen Antrag auf beschleunigte Auflösung des Landtages zum 30. Juli an mit den Stimmen aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei. Die Regierung hatte eine Erklärung abgegeben, daß sie in diesem Falle Neuwahlen bereits für den 31. Juli ausführen lassen, da die gesetzlichen Möglichkeiten für eine verfrügte Wahlvorbereitung sichergestellt worden waren.

Der Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Auch politische Vereinigungen als Träger der Arbeit. Die vom Reichskabinett verabschiedete Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst ist den Ländern zur Stellungnahme zugegangen. Am Sonnabend wird der Reichsrat die Verordnung zur Kenntnis nehmen. Der Reichsarbeitsminister will am Sonnabendabend im Hauptamt in der Stunde des Reiches über die Verordnung sprechen. Von zentraler Stelle wird mitgeteilt, daß der Arbeitsdienst nicht nur die Unterhaltungs- und empfindlicher umfassen, sondern allen arbeitswilligen jungen Leuten Gelegenheit geben solle, ernste Arbeit zu leisten und sich geistig und körperlich zu entwickeln. Es könne namentlich eine wesentlich größere Menge von Menschen beschäftigt werden als bisher im freiwilligen Arbeitsdienst. Im Februar dieses Jahres seien im freiwilligen Arbeitsdienst 60 000 Personen, Ende April nur noch 38 000 beschäftigt gewesen.

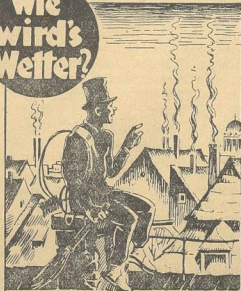
Die Beschäftigung eines Mannes im freiwilligen Arbeitsdienst kostete 2 Mark am Tage je Mann. Bis Ende des Haushaltsjahres würde dies für 100 000 Mann und 50 Millionen ausmachen. Bisher händen für den freiwilligen Arbeitsdienst 55 Millionen zur Verfügung. Es bestele jedoch die Aussicht, daß auch noch für dieses Haushaltsjahr größere Summen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden können.

Träger der Arbeit können alle Vereinigungen sein, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen umfassen, also auch politische Vereinigungen. Die Arbeiten müßten stets gemeinnützig sein. Es handele sich bei der verabschiedeten Verordnung nicht um eine abschließende Regelung, sondern es ist noch eine ausführliche Durchführungsverordnung zu erlassen.

Schadenersatzklage gegen Preußen.

Gerichtliches Nachspiel zur Landtagsabstimmung. Bei der Schlägerei, die sich am 25. Mai zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Verlaufe der Landtagsabstimmung im Sitzungssaal abspielte, war der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgen unter Verletzt worden. Jürgen hat nunmehr eine Schadenersatzklage gegen den Preussischen Staat angestrengt mit der Begründung, daß der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerkel die Verantwortung für die Vorkommnisse trage. Das Landgericht I hat Verhandlungstermin auf den 10. Oktober anberaumt.

Wie wird's Wetter?



Steigt fergengrad in die Höh' der Rauch,
dann bleibt das schöne Wetter auch.

So weiss wie sie hat keine die Wäsche auf der Leine!

Wie sie es macht? Sie wäscht mit Persil, weil ihr für ihre Wäsche das Beste gerade gut genug ist. Sie weiß, richtiges Waschen mit Persil bringt immer einen vollen Wascherfolg. Das ist ihr Rezept:

1. Persil allein und kalt auflösen. Auf je 3 Eimer Wasser 1 Normalpaket Persil. Keine weiteren Zusätze.
2. Waschseife gut bis zur Hälfte mit kaltem Wasser füllen und dieses mit etwas Senf weichmachen.
3. Kalt angerührte Persillösung in den Waschkessel geben.
4. Wäsche locker einlegen und einmal etwa 1/2 Stunde kochen lassen. Stüeres Umrühren.
5. Gut spülen, erst warm, dann kalt.

Persil *bleicht* Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Prima Weißstüd-Kalk und Portland-Zement
frisch eingetroffen. **Wilhelm Kunze.**

Wie leicht und billig kann man selbst sein Heim verschönern — durch

Farben!

Darum lassen Sie sich fachmännisch beraten

Farben in sämtlich. Tönen
streichfertig u. in Pulverform
Carbolineum, la. Leinöl-
firnis, Schlemmcreide,
Gips, Pinjel, Dedent-
bürsten, Spachtel

nur bei **Georg Schön,**
Alders-Drogerie.

Willst Du billig Farben kaufen,
darfst Du nur zu Schön hin laufen!

Für die heißen Tage!

Sommerkleider
in Voile, Panama, Zefir, Indanthren
Leichte Herrenkleidung
Tennishosen, Sportheimden, Wochenend-
hemden, Polohemden
Sommerstoffe
Waschseiden, Voile, Crêpe Fleurette
Marocains

Emil Bortfeld



Fußball-Club Annaburg

Sonnabend, den 16. Juli

Groß. Sommernachtsball

in sämtlichen Sälen des

— Balthischens. —

2 Kapellen. Große Ueberziehungen. 2 Kapellen.

Großes Preis-Schießen.

Der beste Schütze erhält eine Ehrenschleife.

Sämtliche Freunde und Gönner — und die es werden wollen — werden hierdurch freundlichst eingeladen.

Der Festausschuß.

Oberhemden, Einfaß-, Wochen-
end- und Wackohemden
Herren-Bakko-Jacken und
Hosen

Damen- und Kinder-Strümpfe
in Seide, Flor und Wolle
Kinder-Söckchen von 25 Pf. an
Badejacken, Frottiertücher
Badeanzüge, Turnerhosen
und Jacken

Sebastian Schimmeyer.

Purzien.

Sonntag, den 17. Juli

Lanzmusik.

Freundlichst ladet ein
W. Lehmann.

Col. Haundorf.

Sonntag, den 17. Juli:

Ballmusik.

Eintritt frei. Taragel 50 Pf.
Freundlichst ladet ein
Arthur Heinide.

Bund Königin Luise

Dienstag, den 19. Juli,
abends 8 1/2 Uhr:

Zusammenkunft

im „Stegehaus“.
Der Vorstand.

Johannisbeeren und Stachelbeeren

verkauft **Aldersstr. 22.**

Sultergerste

hat abzugeben
Leupold.

Schnittbohnen

Pfd. nur 15 Pfg.
Bunte, (Wollers Garten).

3 Zimmer-Wohnung

mit Gas u. elektrisch, ferner
2 kleinere Wohnungen
sofort oder später zu ver-
mieten **Umenstr. 18.**

Eintrittsblocks

Garderobenblocks
sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

... und jetzt für Bade-Artikel äußerste Preise!

Damen-Bademäntel . 750
Damen- u. Herren-Badeanzüge
von 1.30 an
Damen- u. Herren-Badeanzüge
in reiner Wolle 2.75
Kinder-Badeanzüge von 0.70 an
Bade-Hosen von 0.20 an
Bade-Schuhe . 1.25, 0.95
Frottier-Handtücher
0.65, 0.45, 0.35
Frottier-Tücher 1.50, 1.25, 1.—
Bademützen :: Gürtel
Besichtig. Sie bitte mein Spezialfenster

Carl Quehl

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“

(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung empfiehlt die Buchdruckerei

Es gibt nur ein Bindegarn



Hergestellt in der IHC Garnspinnerei,
Deutschlands größter Produzentin von Garbenbindegarn

Wilhelm Grahl, Annaburg

Ferner empfehle: **Sämtl. Erntemaschinen u. Geräte, Getreidezeuge, Sensen, Gabeln und Wirtschaftsartikel.**

Sichas-, Gicht- u. Rheumatisms-Kranke
teile ich gern geg. 15 Pfg. Rückporto sonst **kostensfrei** mit, wie ich vor Jahren von meinem ich in einem Schlass- und Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.
J. Stielling, Kantinenpächter, Frankfurt/Oder 264, Jüdenstraße 6

Kollis-Anhänger Frachtbriefe

empfiehlt die Buchdruckerei

Empfehle in la Qualität zu billigsten Preisen:
Maschinen-
Motoren-
Zentrifugen-
Fahrboden-
Einolenn-
Mops- und
Brenn-
Stauffer-, Wagen- u.
Lederfette
in Packungen
Bohnerwachs lose und
in Packungen
Wibbel-Politur
J. Kahlig's Nachf.
Inhab.: **Martha Müller,**
Müllenteiche 40.

Kautschukstempel

best. Artikel
HERM. STEINBEISS
Buchdruckerei
ANNABURG

Geheuertücher

in guter Qualität zu ver-
schiedensten Preisen.
J. G. Fritzsche.

Radio-Apparate

Telefunken und Blaupunkt!

Akku-Spulen, Röhren
Anoden-Batterien
Sockel, Litze
Stecker, Schalter
Listerklemmen
Eierkotten, Fassungen
Säureprüfer
Voltmeter
Lautsprecher-Systeme
Lichtnetz-Antennen-
stecker
Elektro-Schalldose für
Grammophon-Ueber-
tragung
Akku-Säure
Destill. Wasser

Akku-Ladestelle

Fritz Rödler, Fernruf 253

Bereiten Sie Ihre Marmeladen und
Gelées nur mit

Opekta

es erspart Ihnen
Zeit und Geld! 86 Pfg.
kleine Flasche (ausreichend für 7-10 Pfd. Marmelade)
1.53 M.
große Flasche (ausreichend für 14-20 Pfd. Marmelade)
in Pulverform **Wafel 45 Pfg.**
(ausreichend für 4 Pfd. Marmelade)

J. Kahlig's Nachf.

Inhab.: **Martha Müller, Mühlenteiche 40**

Erfrischende Getränke

für die heiße Jahreszeit!
Zitronensaft
Orangade
Himbeerjast
Kirchjast
Isole und in Flaschen
Trinkttabletten
Selterwasser
J. G. Fritzsche.

Briefordner

Schnellhefter
Stempelfarben
Stempelkissen
Durchschlag- und
Kopierpapier
zu haben bei
Herm. Steinbeiß
Papierhandlung.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgenauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung ufm. ersucht jeder Anspruch auf Vierterung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnorts 7 Goldpf., für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., einschl. Umrahmung. Scherzreiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbzhalle.

Nr. 85.

Sonnabend, den 16. Juli 1932.

35. Jahrg.

Die Gläubiger als Schuldner

Alles in der Schwebe!

Während der Periode von Lausanne vorläufig ohne jede sichtbare politische Wirkung geblieben ist, verfielen sich die weltpolitischen Folgen der Lausanner „Gentlemen-Agreement“ von Tag zu Tag und geben Veranlassung zu immer stärkeren Auseinandersetzungen. Die „Verhandlung unter anständigen Umständen“ — so einem dazwischen England, Frankreich, Italien und Belgien ist jetzt auch englischerseits formell verifiziert worden, und es findet keine ausdrückliche politische Ergänzung durch den „Gentlemen-Agreement“ ist Deutschland erst nach der Einleitung in Lausanne unterrichtet worden, obwohl es demnach schon acht Tage bestand.

Seine beiden Parallelerklärungen haben — das war ihre erste weltpolitische Wirkung — in Amerika einen mehr als peinlichen Eindruck gemacht, besonders da ihre Veröffentlichung von Außenposten amerikanischer Schuldnerkreise gegenüber Amerika als die Pflicht einer Gemeinschaftsaktion dieser vier Mächte erscheinen ließen. Die Amerikaner hatten daher die Empfindung, als sollten sie von Europa her in der Kriegsschuldfrage unter Druck gesetzt werden. Deutschland hat sich schon ein paar Tage nach Lausanne selbst von dem „Ansehen“ bewußt, als hätte es von einem solchen Druck oder Wille ihn gar mitzudenken. Auch der englische Außenminister Simon nahm sofort nach seinem Eintreffen in Genf sehr scharf Stellung gegen jene angebliche Frontbildung Europas. England fühlte sich — trotz des „Gentlemen-Agreement“ — völlig frei für seine Schuldverhandlungen mit Amerika. Viel genügt hat es nicht, denn in seinen Schreien an den besagten Senator Borah erklärte dieser, daß Amerika durch die verschiedenen Abkommen in Europa in keiner Weise berührt und beeinträchtigt werde, man der Washingtoner Regierung auch nicht etwa mit einem gemeinsamen Vorgehen der Schuldner kommen solle.

Die Ratifizierung des Lausanner Abkommens ist also durch das „Gentlemen-Agreement“ abhängig gemacht von der „ehrlichen Lösung“ der Kriegsschuldfrage. Diese ist nun aber ebenfalls unsicher wie denzuvor auch die Ratifizierung des Lausanner Abkommens selbst; daher ist das Hauptziel und die Hauptaufgabe der Konferenz in Lausanne nicht erreicht worden: Ruhe, Sicherheit und damit neues Vertrauen in endlich auch der Weltwirtschaft zu beschaffen. Denn es ist ja noch gar nicht abzusehen, ob überhaupt und wann es zur Ratifizierung des Lausanner Vertrages kommt. Alles scheint bis auf weiteres in der Luft. Dafür ist aber die nach Lausanne jetzt eingetretene Aufspaltung des Verhältnisses zwischen Amerika und seinen Schuldnerstaaten ganz unverkennbar, und gerade dies wird für die deutsche Regierung wichtigster Grund dafür sein, sehr genau zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen es der Aufforderung Folge leisten soll, dem englisch-französisch-belgisch-italienischen „Gentlemen-Agreement“ beizutreten.

Was wird, wenn das Lausanner Tributabkommen nicht in Kraft tritt?

In dem nun bekanntgewordenen Geheimabkommen von Lausanne haben sich Frankreich, England, Belgien und Italien gegenseitig verpflichtet, das Lausanner Tributabkommen ihren Parlamenten erst dann vorzulegen, wenn sie eine gemeinsame Regelung ihrer Schulden mit Amerika erzielt haben. Unter dieser Schuldregelung verstehen diese Mächte natürlich die mögliche Befreiung aller Verpflichtungen. Die Amerikaner sind über dieses Geheimabkommen außerordentlich verärgert und lehnen es ab, irgendeine sich darauf zu einlassen zu lassen. Die Aussicht auf eine baldige Schuldregelung haben sich damit also nicht verbessert, sondern verschlechtert, und damit sind auch die Aussichten für das Lausanner Tributabkommen äusserst blass. Es ist selbstverständlich, daß man sich nun in der Öffentlichkeit die Frage stellt, was denn geschehen soll, wenn der Lausanner Vertrag von den Parlamenten in Paris, London, Rom und Brüssel abgelehnt wird. Was soll dann

geschehen? Vorerst gilt für Deutschland das Abkommen über einen Zahlungsausschub vom 16. Juni, vom Beginn der Lausanner Konferenz. Dieses Abkommen gilt so lange, bis es sich bestätigt hat, ob ratifiziert wird oder nicht. Aber was dann? Der französische Ministerpräsident Herriot hat in der Kammer darüber gesprochen und man hat seine Worte allgemein so gedeutet, daß die französischen Staatsjuristen den Young-Plan wieder lebendig machen wollen. Gegen diese Befürchtungen wenden sich die zuständigen Berliner Vertreter mit allem Nachdruck. Man verweist auf die Frage, die der Reichskanzler am 8. Juli abends in einer Sitzung der Delegationsführer der Lausanner Konferenz an den Konferenzpräsidenten Macdonald ganz offiziell gerichtet hat. Die Frage nämlich: was geschieht, wenn die Parliamente der Gläubigermächte das Lausanner Abkommen ablehnen. Darauf hat Macdonald als Präsident der Konferenz und als Sprecher der Gläubigermächte geantwortet: „Dann wird eine neue Konferenz zusammengetreten.“ An dieser Antwort Macdonalds werde auch durch die Geheimabkommen von Lausanne nichts geändert, so wird an Berliner zuständigen Stelle nachdrücklich betont. Es sei auch falsch, anzunehmen, daß bei einer neuen Konferenz der Young-Plan gewissermaßen auf der Hand liegt und als Ausgangspunkt für neuen Verhandlungen dienen werde. Auch bei den letzten Beratungen in Lausanne sei man nicht vom Young-Plan ausgegangen, sondern vom Vafeler Bericht der internationalen Finanzfachverständigen. Ausdrücklich wird auch an zuständiger deutscher Stelle betont, daß man sich unter keinen Umständen in eine Front gegen die Amerikaner einreihen werde. Die Franzosen hätten zwar in Lausanne versucht, die Schuldregelung mit Amerika in das Tributabkommen hineinzubringen, die deutschen Delegierten haben sich mit Erfolg dagegen gewehrt, und würden dies auch künftig tun.

Die Sonderabmachungen neben dem Lausanner Abkommen sind als „Gentlemen-Agreement“ bezeichnet, das es sich bei den in Lausanne Sondervereinbarungen um folgende Abmachungen handelt:

Das „Gentlemen-Agreement“

Dieses Abkommen befaßt, das keine der vier Mächte, nämlich England, Frankreich, Italien und Belgien, das Lausanner Abkommen über die der Erlöse vor dem Zustandekommen einer endgültigen Regelung der Frage der internationalen Schulden in Amerika ratifiziert.

Was ist ein „Gentlemen-Agreement“?

Gentlemen-Agreement ist ein Begriff, der Engländern in die Diplomatensprache übergekommen, das nicht völkerrechtlich verbindlich ist, die Diplomaten, die es abschließen, persönlich anständig „Gentlemen“ im allgemeinen auch ihre Nachfolger, die ja auch die „Gentlemen“ zu sein.

Der „Konsultativpakt“ (Vertrauensabkommen)

Dieses Abkommen ist in Lausanne nur zwischen Englandern und Franzosen getroffen worden, bekanntlich als die Wiederkehr der „Gentlemen-Agreement“ bezeichnet. In wesentlichen Punkten der europäischen Politik zu treffen, ohne sich vorher gegenseitig unterrichtet oder befragt zu haben. Das bezieht sich nach den Anmerkungen Simons sowohl auf politische als auch auf wirtschaftliche Dinge. Darunter fallen die Abrüstungsfrage ebenso wie Fragen der Handelspolitik. Ob und unter welcher Bedingung die Amerikaner in diese Politik einmischen, geht aus dem bisherigen Veröffentlichungen nicht eindeutig hervor.

Ein Brief des Reichskanzlers.

An den englischen Außenminister.
Die englische Regierung hat eine Anzahl Dokumente veröffentlicht, die sich auf die Verhandlungen in Lausanne beziehen. Unter diesen Dokumenten befindet sich auch folgender Brief des deutschen Reichskanzlers an den englischen Außenminister Sir Simon:

Lausanne, den 9. Juli 1932.
Euerer Erhellung befaßt ich ergebe die Empfang des von Ihnen und den Herren Ghesis der belgischen, französischen und italienischen Delegation unterzeichneten Schreibens, das Sie mir heute nach Unterzeichnung des Abkommens von Lausanne mitteilen auf die gleiche Frage, die auch den Gegenstand der Besprechung der Delegationschefs der sechs einladenden Mächte am 8. Juli abends bildete.

Entsprechend der bei dieser Besprechung getroffenen Vereinbarung habe ich nach am gleichen Abend in der öffentlichen Sitzung der Konferenz eine Frage wegen des in Rede stehenden Falles an den Herrn Vorsitzenden gerichtet, die von ihm sofort im Namen der einladenden Gläubigermächte beantwortet wurde.

Unter diesen Umständen halte ich mich für berechtigt, davon auszugehen, daß die Angelegenheit für Deutschland durch meine Frage an den Herrn Vorsitzenden der Konferenz und dessen Antwort maßgebend erklärt worden ist.

Von Papens Frage an Macdonald.

Zu den englischen Anfragen Bedürfnisfragen über die Lausanner Verhandlungen finden sich folgende Mitteilungen:
Der von Papen wandte sich am 8. Juli an Macdonald mit der Frage, welches Vorgehen befolgt werden soll, falls eine der sechs beteiligten Mächte das Lausanner Abkommen nicht ratifizieren sollte, was er, der Reichskanzler, für unwahrscheinlich halte. Das wichtigste sei dann nach seiner Ansicht, daß die betroffenen Regierungen so bald wie möglich zusammenkommen sollten, um die sich dann ergebende Lage zu prüfen. Er würde gern eine Versicherung haben, daß das die Absicht der Konferenz sei.

Macdonald erwiderte: „Ich freue mich, das feststellen zu können. Es würde sehr unstatthaft und sehr schwierig sein, es in den Anhang hineinzusetzen, aber ich nehme an, daß die Namen der einladenden Mächte und seine Abhängigkeit von der Konferenz abgelehnt werden“.

st verärgert.

Simon hat an Senator Borah geschrieben, daß die amerikanische Volk ist die Regelung der rein europäischen Frage oder irgendwelcher Wirtschaftsfragen erfolgt ist, die durch die Lausanner Verhandlungen vergrößert. Ein solcher Vorfall würde die amerikanische Wirtschaft in die Gefahr bringen, die durch die Lausanner Verhandlungen vergrößert wird.

Simon hat an Senator Borah geschrieben, daß die amerikanische Volk ist die Regelung der rein europäischen Frage oder irgendwelcher Wirtschaftsfragen erfolgt ist, die durch die Lausanner Verhandlungen vergrößert wird. Ein solcher Vorfall würde die amerikanische Wirtschaft in die Gefahr bringen, die durch die Lausanner Verhandlungen vergrößert wird.

Über Unterbringung der Lausanner Schuldverschreibungen.

Aus schluß ferner der Garantien.
Anschließend wird mitgeteilt, im Anbetracht der sicherzustellen, daß die Unterbringung der Schuldverschreibungen des Lausanner Abkommens nicht durch Garantien fremder Länder oder auf ähnliche Weise ermöglicht oder erleichtert wird, ist am 8. Juli in Lausanne von den Sachverständigen der sechs einladenden Mächte protokolllarisch festgestellt worden, daß jede Ausgabe deutscher Regierungsschuldverschreibungen ausschließlich auf der Grundlage des deutschen Kredit erfolgen muß.

